

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten heute eine Sonderausgabe des Berlin-Briefs: Wie ich bereits im letzten Berlin-Brief vermutet hatte, kam es aufgrund der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer **Sondersitzung** des Bundestages. **Spanien hat um europäische Finanzhilfen gebeten.** Daraufhin hat das Bundesministerium der Finanzen beantragt, dazu eine Zustimmung des Bundestages einzuholen.

Nach langer Überlegung habe ich mit Ja gestimmt, da von der spanischen Volkswirtschaft auch Arbeitsplätze in unserer Region abhängig sind. Allerdings müssen wir dringend raus aus dem reinen Krisenmanagement wie der nun beschlossenen Notlösung für Spanien hin zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzstrategie mit sozialer Verantwortung. Der aktuellen Bundesregierung fehlt jedoch der Mut, mehr zu tun als nur Krisenmanagement.

Wir haben die Bundesregierung über Monate hinweg davor gewarnt, die Lage schönzureden. Wer seine Augen öffnete, konnte sehen, dass die Refinanzierungsprobleme von Spanien nicht langfristig gelöst waren. Dennoch haben Merkel und Schäuble im Frühjahr behauptet, dass Spanien alle Haushaltsziele einhalten könne. Die Augenwischerei der Bundesregierung, die nach Griechenland, Portugal und Irland einen weiteren Hilfsantrag fürchtete und das Offenkundige nicht wahrhaben wollte, flog auf, als die spanische Regierung im Juni einen Antrag auf Hilfe für den Bankensektor ankündigte.

Mir ist es sehr wichtig, zu betonen, dass es trotz des irreführenden Namens nicht primär darum geht, Banken zu retten. Es sind im so genannten „Memorandum of Understanding“, in dem die Bedingungen für den Zugang



Berlin-Brief, Ausgabe 122
SONDERAUSGABE
21. Juli 2012

Meine Termine

Impulsvortrag bei der Offensive Mittelstand

24.07.2012, 17 Uhr, Stuttgart, Kursaal Bad Cannstatt

Bürgersprechstunde

27.07.2012, 14 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

Rechter Terror in Heilbronn: Diskussion mit Dr. Eva Högl, Sprecherin der SPD im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“

03.09.2012, 19.30 Uhr, Heilbronn-Neckargartach, Neckarhalle

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



zu Krediten bis zu einer Höhe von 100 Milliarden Euro festgelegt sind, keine direkten Bankhilfen vorgesehen. Die Kredithilfen gehen an den spanischen Staat. Das Memorandum enthält strenge Konditionen sowohl für die spanischen Banken als auch für den spanischen Staat. Dazu gehört unter anderem die Verpflichtung, dass gerettete Banken die Gehälter ihrer Manager begrenzen und Dividendenzahlungen einstellen müssen. Wichtig ist darüber hinaus: Es wird keine Bankenrettung um jeden Preis geben. Banken ohne realistisches Geschäftsmodell werden abgewickelt.

Klar ist jedoch, dass diese Maßnahmen nur der Anfang sein können, um die Krise zu bewältigen. Weitere Schritte müssen folgen. Die SPD-Fraktion fordert ein Trennbankensystem mit einer Trennung von Spareinlagen und Investmentgeschäft. Zudem muss nach Jahren der Diskussion endlich eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte erfolgen, zuallererst durch eine Finanztransaktionssteuer.

Neben der schwierigen Debatte um Finanzhilfen für Spanien hat der Bundestag auch über die **Beschneidung minderjähriger Jungen aus religiösen Gründen** diskutiert. Das Thema ist aktuell geworden durch das Urteil des Landgerichts Köln. Zwar hat das Urteil über den konkreten Fall hinaus keine rechtliche Bindungswirkung. Das Urteil hat jedoch zu einer erheblichen Verunsicherung unter Muslimen und Juden in Deutschland geführt, die sich in einer großen öffentlichen Debatte widerspiegelt. Für mich als Sozialdemokrat ist klar, dass muslimisches und jüdisches Leben und deren Kultur fester Bestandteil der Gesellschaft in Deutschland ist. Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Religionsausübung und macht keinen Unterschied zwischen den Glaubensgemeinschaften. Allerdings muss sich die Ausübung der Religionsfreiheit im Rahmen der geltenden Gesetze bewegen. Die Beschneidung soll auch in Zukunft frei von Sanktionen sein. Gleichzeitig sollte eine Regelung jedoch auch den hohen Stellenwert zum Ausdruck bringen, den die körperliche Unversehrtheit in unserem Grundgesetz innehat. Es muss sichergestellt sein, dass eine Beschneidung von minderjährigen Jungen auf hohen medizinischen Standards und ohne unnötige Schmerzen durchgeführt wird. Daher bin ich der Meinung, dass wir eine klare Regelung benötigen, damit für alle Beteiligten Rechtssicherheit besteht. Im Plenum wurde daher ein fraktionsübergreifender Antrag debattiert, der die Bundesregierung zur Erarbeitung eines Gesetzes auffordert. Die Diskussion ist mit der Entscheidung am Donnerstag nicht abgeschlossen. Wir werden sie mit der gebotenen Sachlichkeit und dem Respekt vor verschiedenen Argumenten führen.

Nach dieser Sonderausgabe erhalten Sie den nächsten regulären Berlin-Brief nach der Sommerpause am 14. September. Bis dahin wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer.

Mit freundlichen Grüßen